

Nicht überrascht, aber entschlossen

Baden-Württemberg: Opfer des »Radikalenerlasses« gehen enttäuscht aus Gespräch mit Regierungschef

Sie seien »außerordentlich enttäuscht«, das Ganze habe »so gut wie nichts gebracht«. Mit diesen Worten fasste Christina Lipps, Sprecherin der »Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg«, am Donnerstag gegenüber *junge Welt* ein Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) zusammen. In seinem Amtssitz, der Villa Reitzenstein in Stuttgart, hatte Kretschmann sich am Mittwoch nachmittag mit 20 Betroffenen der Berufsverbote getroffen, sich dabei aber inhaltlich nicht bewegt.

Zwar sei es zu begrüßen, dass der Grünen-Politiker sich überhaupt auf ein Gespräch eingelassen habe, so Lipps weiter. Aber er habe praktisch lediglich die Positionen wiederholt, die er bereits in seinem offenen Brief zum Thema im Januar skizziert hatte. So habe er zwar sein Bedauern ausgedrückt, aber eine Entschuldigung für das erlittene Unrecht ebenso abgelehnt wie eine Rehabilitierung. Diese sei nämlich mit einer Entschädigung der Betroffenen verbunden.

In einer Mitteilung der Initiativgruppe vom späten Mittwochabend wird Sigrid Altherr-König zitiert, die von 1983 bis 1996 als Grundschullehrerin vom Berufsverbot betroffen war und deshalb jetzt mit einer schmalen Pension auskommen muss. Sie habe in dem Gespräch mit Kretschmann ausgeführt, dass der sogenannte Radikalenerlass »vom Ansatz her kollektives Unrecht« gewesen sei. Es sei damals um »zulässige politische Betätigung, die vom Grundgesetz abgedeckt war« gegangen. Auch von seiner Auffassung, dass es einzelne Betroffene gegeben habe, die zu Recht sanktioniert worden seien, war der Ministerpräsident in dem Gespräch nicht abgerückt, wie Lipps berichtete. Damit sei er hinter die Erkenntnisse der sogenannten Heidelberger Studie zurückgefallen, in der Historiker diese Behauptung umfassend widerlegt hätten.

Martin Hornung, der als Lehrer lebenslang vom Berufsverbot betroffen sei, habe Kretschmann darauf hingewiesen, dass manche vom Berufsverbot Betroffene heute mit einer Armutsrente von 680 bis 830 Euro leben müssten.

Deshalb fordere die Initiative, so Hornung, gemeinsam mit den Gewerkschaften, dass das Land für Betroffene von besonders hohen Pensions- und Rentenverlusten einen Entschädigungsfonds einrichtet. Damit solle »das ihnen zugefügte Unrecht wenigstens in ihren letzten Lebensjahren« ausgeglichen werden.

Überrascht habe sie der Ausgang des Gespräches angesichts der bisherigen Einlassungen Kretschmanns zum Thema nicht, erklärte Lipps. Die Initiativgruppe werde dennoch nicht nachlassen in ihrem Engagement. Auch deshalb, weil zu befürchten sei, »dass sich die Geschichte wiederholt«. Die Sprecherin verwies auf ein Gesetzesvorhaben in Brandenburg, das eine Überprüfung von Kandidaten für den Beamtenstatus durch den Verfassungsschutz vorsieht. »Das ist doch im Grunde dasselbe wie damals«, sagte Lipps. Selbst wenn das Vorgehen als Kampf gegen rechts verkauft werde, könne sich die Maßnahme am Ende ebenso gegen Linke richten.

Auch Andreas Salomon, der während seines ganzen Arbeitslebens Berufsverbot hatte, war vom Gespräch

mit Kretschmann enttäuscht. »Damit habe ich nicht gerechnet und empfinde es ausgesprochen deprimierend, dass sich der Ministerpräsident bei uns nicht einmal entschuldigt hat«, sagte er laut der Mitteilung. So könne man nicht mit Menschen umgehen. »Wir wollen endlich vom Unrecht ins Recht gesetzt werden und werden weiterhin nicht lockerlassen«, forderte Salomon.

Kretschmann räumte nach dem Gespräch mit den Betroffenen zwar ein, dass mit dem Radikalenerlass »alle unter einen Generalverdacht gestellt« wurden. Eine pauschale Entschädigung könne es aber nicht geben, es müsse jeder Einzelfall geprüft werden. »Denn im Rechtsstaat wird nur Recht gesprochen, da wird nicht Gerechtigkeit gesprochen«, vertröstete der Exmaoist. Als Student wäre Kretschmann, der damals noch linke Positionen vertrat, fast selbst zum Opfer eines Berufsverbots geworden. Er habe aber das Glück gehabt, dass er Fürsprecher gehabt habe, sagte der industrienaher Grünen-Politiker.

Kristian Stemmler